



# Buenos Aires-Briefing

Dezember 2021 und Januar 2022  
Olaf Jacob und Inga von der Stein

- › **Einigung Argentinien mit Internationalem Währungsfonds**
- › **Ankunft der Omikron-Variante in Argentinien**
- › **Vorsitz in UN-Menschenrechtsrat und Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten**
- › **Ausblick für das Jahr 2022**



## Argentinien einigt sich mit Internationalem Währungsfonds

Es blieb spannend bis zum letzten Tag. Monatelang verhandelte Wirtschaftsminister Martín Guzmán mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein neues Programm zur Tilgung der Schulden Argentinien. Konkret ging es um die Rückzahlung des Kredits von 57 Milliarden US-Dollar, welches der IWF 2018 der wirtschaftsliberalen Regierung unter Mauricio Macri gewährt hatte. Von dem historischen Rekordkredit wurden 44 Milliarden US-Dollar ausgezahlt und müssen dementsprechend auch zurückgezahlt werden, inklusive Zinsen. Im ursprünglichen Zeitplan sollte die Rückzahlung bis 2024 abgeschlossen sein. Die liquiden Reserven Argentinien werden allerdings als niedrig eingeschätzt. Auf dem parallelen Devisenmarkt ist der Peso weniger als die Hälfte des offiziellen Kurses wert (Stand 30.01.2022). Die jährliche Inflation liegt bei über 50 Prozent.

Der 28. Januar 2022 galt als Stichtag, da an diesem die erste Rate der Rückzahlung in diesem Jahr fällig wurde. Am Morgen herrschte noch Ratlosigkeit, gegen Mittag veröffentlichte die Regierung eine aufgenommene Videobotschaft des Präsidenten Alberto Fernández (*Frente de Todos*). In dieser kündigte der Staatsoberhaupt an, dass eine Einigung mit dem IWF erzielt worden sei. Diese stelle „keine Bedingungen“ und Argentinien sei „in der Lage, [seine] Souveränität auszuüben“. Das neue Abkommen sieht eine Laufzeit von zweieinhalb Jahren vor. Die argentinische Regierung willigt ein, bis 2024 das Haushaltsdefizit auf 0,9 Prozent zu verringern. 2021 lag das Defizit bei drei Prozent. Im Gegenzug verlängert der IWF die Laufzeit für die Rückzahlung der Schulden auf zehn Jahre bis auf 2032. Auf Auflagen wie etwa die Forderung nach einer Kürzung der Sozialausgaben verzichtete der IWF.

Das Programm ist allerdings noch nicht in trockenen Tüchern: Einerseits muss das Abkommen vom Exekutivkomitee des IWF und andererseits dem argentinischen Kongress gebilligt werden. Bei den Parlamentswahlen im November 2021 verlor die Regierungspartei die absolute Mehrheit im Kongress und ist daher seitdem auf Stimmen aus der Opposition und unabhängigen Abgeordneten angewiesen ([wir berichteten](#)). Im Dezember 2021 lehnte die Opposition überraschend den Haushaltsplan für 2022 ab. Oppositionspolitiker der KAS-Partnerpartei *Propuesta Republicana* (PRO) zeigten sich nach der Bekanntgabe des neuen Programms jedoch verhalten positiv. Die Zahlungsunfähigkeit Argentinien liegt nicht im Interesse der Opposition. Zuletzt hatte der IWF in einem Bericht den ehemaligen Präsidenten Mauricio Macri (PRO) mitverantwortlich dafür gemacht, dass der Rekordkredit seine Ziele nicht erreicht hätte. Kapitalflucht sowie das Vertrauen in Argentinien hatte Mauricio Macri nicht wiederherstellen können.



Gefährlich für die Bewilligung des Plans im Kongress könnte die Spaltung innerhalb der Regierungsbündnis werden: Máximo Kirchner trat aus Ablehnung gegen das neue Programm vom Vorsitz der Fraktion „*Frente de Todos*“ im Parlament zurück. Er gehört dem extrem linken Lager an. Vize-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner äußerte sich bisher nicht. Was für eine Wirkung dieses politische Manöver entfaltet, muss sich noch zeigen. Die Mehrheit der Argentinier ist allerdings nicht gewillt, es auf eine Auseinandersetzung mit dem IWF ankommen zu lassen.

Eine weitere positive wirtschaftliche Nachricht für Argentinien war folgende: Der IWF hat seine Wachstumsprognose für Argentinien auf drei Prozent im Jahr 2022 angehoben. Damit liegt die drittgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas über der Durchschnittsprognose für die Region Lateinamerika und der Karibik. Für die Gesamtregion sagt der IWF ein Wachstum von 2,8 Prozent voraus.

### Omikron ist in Argentinien angekommen

Die Omikron-Variante des Coronavirus erreichte auch Argentinien. Ende Dezember 2021 ging die Anzahl von Corona-Infektionen sprunghaft nach oben. Seit Anfang Januar überschreiten die Neuinfektionen die 100.000-Fälle Marke pro Tag. Vor den Testzentren bildeten sich teils stundenlang dauernde Warteschlangen. Die hohe Zahl von Neuinfektionen löste bisher allerdings keinen dramatischen Anstieg der Krankenhauseinweisungen und Todesfälle aus. Dies führt die Regierung auf den hohen Prozentsatz der Geimpften zurück. Mittlerweile erhielten bereits über 76 Prozent der Bevölkerung beide Impfungen, über 27 Prozent wurde bereits aufgefrischt (Stand 30.01.2022). Die Impfdebatte hat aus diesem Grund bisher wenig Fahrt aufgenommen. Mittlerweile sinkt die Zahl der Neuinfektionen wieder.

### Argentinien erhält Vorsitz in UN-Menschenrechtsrat und Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)

Im Dezember 2021 wurde Argentinien zum Vorsitzenden des UN-Menschenrechtsrats 2022 gewählt. Damit wird das Land in diesem Jahr eine Schlüsselrolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte weltweit spielen. Die Bilanz im Feld der Menschenrechte ist allerdings umstritten: Die Nichtregierungsorganisation *Human Rights Watch* kritisierte etwa, dass die argentinische Außenpolitik in Menschenrechtsfragen "inkonsistent" sei. Dies gelte insbesondere in Bezug auf die Haltung zu den autoritären Regimen in Venezuela und Nicaragua. Innenpolitisch prangerte die Organisation von der Regierung vorgeschlagene Gesetzesreformen für das Justizsystem an, die ein Risiko für die juristische Unabhängigkeit darstellten. Ein weiterer Kritikpunkt ist der Verstoß grundlegender Menschenrechte in der Provinz Formosa im Frühjahr 2020.

Argentinien erhielt ebenfalls den Vorsitz *pro tempore* der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) bei einem Gipfeltreffen Anfang des Jahres. Der CELAC gehören 33 lateinamerikanische Staaten an. Brasilien hat 2020 seine Mitgliedschaft ausgesetzt. Zu dem Gipfel in Buenos Aires waren auch die Außenminister der nicht-demokratischen Staaten Kuba, Nicaragua und Venezuela eingeladen. Zuletzt war die Entscheidung über den Vorsitz im September 2021 bei dem letzten Gipfeltreffen in Mexiko verlagert worden. Der Gestaltungsspielraum, den Argentinien durch den Vorsitz der CELAC sowie des UN-Menschenrechtsrats in 2022 erhält, macht das südamerikanische Land international gefragt.

